

Klingemann, Hans-Dieter

Book Part — Digitized Version

Der vorsichtig abwägende Wähler: Einstellungen zu den politischen Parteien und Wahlabsicht. Eine Analyse anlässlich der Bundestagswahl 1983

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1986) : Der vorsichtig abwägende Wähler: Einstellungen zu den politischen Parteien und Wahlabsicht. Eine Analyse anlässlich der Bundestagswahl 1983, In: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Ed.): Wahlen und politischer Prozeß: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahlen 1983, ISBN 3-531-11827-7, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 385-426

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112533>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Der vorsichtig abwägende Wähler

Einstellungen zu den politischen Parteien und Wahlabsicht. Eine Analyse anlässlich der Bundestagswahl 1983

1. Wähler und Parteien

In den westlichen Demokratien gehören die Parteien zu den wichtigsten politischen Akteuren. Zu ihren vielfältigen Funktionen zählen die Interessenaggregation und -artikulation, die Rekrutierung des Führungspersonals, die Formulierung und Legitimierung der Politikziele. Sie kämpfen bei Wahlen durch die Mobilisierung der Bürger um Mehrheiten. Es spricht auch heute noch viel für Schattschneiders berühmte Feststellung, daß die moderne Demokratie ohne die Parteien undenkbar wäre¹.

Dennoch besteht, auch für die Bundesrepublik, keine Übereinstimmung darüber, wie die Funktionserfüllung durch die politischen Parteien zu bewerten ist. Viele Beobachter der Politik vermitteln ein tiefgreifendes Krisengefühl. Sie sind der Meinung, daß die etablierten Parteien die ihnen zugewachsenen Funktionen schlecht erfüllen. Sie werden ihrer Ansicht nach mit dem komplexen Problemhaushalt der entwickelten Industriegesellschaft nicht fertig. Man diskutiert gar die Frage, ob die je verschiedenen Parteien überhaupt noch in der Lage sind, unterschiedliche Politik zu machen². Eine solche Analyse führt konsequenterweise zur These von der Legitimitätskrise des Parteiensystems oder zumindest zur Behauptung einer schwierigen Beziehung zwischen den Parteien und den Bürgern³.

Andere Beobachter sehen in der Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit keinen Grund zur Panik⁴. Sie meinen, daß die vorliegenden Daten zur Legitimitätsgeltung der liberal-demokratischen Regierungsformen keine pessimistische Bestands-

1 Elmer E. Schattschneider, *Party Government*, New York: Farrar & Rinehart 1942, S. 1.

2 Vgl. z. B. Manfred Schmidt, *CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern*, Frankfurt a. M.: Campus 1980; anders: Klaus von Beyme, *Do Parties Matter? Der Einfluß der Parteien auf politische Entscheidungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22. Jg. 1981, S. 343–358.

3 Vgl. z. B. Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen (Hrsg.), *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1973; Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982.

4 Vgl. Manfred Küchler, *Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?*, in: Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*. (Anm. 3), S. 54.

prognose rechtfertigen⁵. Diese Aussagen unterstreichen die Flexibilität, die Anpassungs- und Überlebensfähigkeit der historisch gewachsenen Parteiensysteme des Westens.

Ob die Lage optimistisch oder pessimistisch eingeschätzt werden kann, hängt nicht zuletzt davon ab, wie der Wähler selbst die politischen Parteien beurteilt.

Wie ist es um die Qualität des politischen Urteils der Bürger bestellt? Auch hier gibt es unterschiedliche Meinungen. Schumpeter sagt zum Beispiel: „So fällt der typische Bürger auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, wenn er das politische Gebiet betritt. Er argumentiert und analysiert auf eine Weise, die er innerhalb der Sphäre seiner wirklichen Interessen bereitwillig als infantil anerkennen würde. Er wird wieder zum Primitiven. Sein Denken wird assoziativ und affektmäßig.“⁶ Dagegen meint Key: „The perverse and unorthodox ... argument is that voters are not fools. To be sure, many individual voters act in odd ways, indeed; yet in the large the electorate behaves about as rationally and responsibly as we should expect, given the clarity of the alternatives presented to it and the character of information available to it.“⁷ In den bei den Positionen spiegelt sich eine unterschiedliche Einschätzung der Fähigkeit und Möglichkeit des Wählers wider, zu einem begründeten Urteil über die ihm zur Wahl angebotenen Alternativen zu kommen.

Man hat die Debatte um das politische Urteilsvermögen des Bürgers lange Zeit ohne systematische empirische Untersuchungen als eine Art Glaubenskrieg zwischen den Anhängern einer elitenorientierten Weltsicht und den sogenannten Populisten geführt. Converse und Lane haben diese Debatte in die entscheidungsfähigen „Niederungen“ der empirischen Forschung zurückgeholt⁸. Der hier vorgelegte Forschungsansatz steht in der Tradition beider „Schulen“⁹.

Im Rahmen dieses Beitrags soll danach gefragt werden, wie es um die Urteilsbereitschaft der Wähler bestellt ist, ob man von einer Parteienverdrossenheit sprechen kann, ob das Erscheinungsbild der konkurrierenden Parteien eher auf die Konfliktlinien der „alten“ oder der „neuen“ Politik bezogen ist und wie sich die davon geprägten Urteile in Bewertungen und Wahlabsichten umsetzen.

In dieser Arbeit werden Ergebnisse berichtet, die auf dem Vergleich zwischen den vier im Jahre 1983 dominierenden Parteien beruhen. Darüber hinaus werden

5 Vgl. Max Kaase, Zur Legitimität des politischen Systems in den westlichen Demokratien, in: Albrecht Randelzhofer/Werner Süß (Hrsg.), *Konsens und Konflikt. 35 Jahre Grundgesetz*, Berlin: de Gruyter 1986, S. 494.

6 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München: Francke 1972, S. 416–417 (1. Aufl. New York 1942).

7 Vladimir O. Key, Jr., *The Responsible Electorate*, New York: Vintage Books, Knopf & Random House 1968, S. 7.

8 Vgl. Philip E. Converse, The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David A. Apter (Hrsg.), *Ideology and Discontent*, New York: Free Press 1964, S. 206–261; Robert E. Lane, *Political Ideology*, New York: Free Press 1962.

9 Hans-Dieter Klingemann, Measuring Ideological Conceptualizations, in: Samuel H. Barnes/Max Kaase et al., *Political Action*, Beverly Hills, Ca.: Sage 1979, S. 215–254.

aber auch Ergebnisse mitgeteilt, die seit der Bundestagswahl 1969 für die CDU/CSU und die SPD und seit der Bundestagswahl 1972 auch für die FDP kontinuierlich erhoben wurden. Die methodischen Aspekte dieser langfristig angelegten Forschung sind an anderer Stelle erläutert worden¹⁰. Die bisher erarbeitete Datenbasis umfaßt 7317 Interviews aus fünf repräsentativen Vorwahlumfragen. Die Aussagen über die CDU/CSU stützen sich auf 21 185 Argumente der Befragten, die in den Antworten auf die offen gestellten Fragen über die Vor- und Nachteile dieser Partei enthalten sind. Die entsprechenden Zahlen lauten für die FDP 17 043 Argumente, für die SPD 24 085 Argumente und für die Grünen 3618 Argumente. Eine systematische Übersicht befindet sich im Anhang.

2. Die Urteilsbereitschaft der Wähler

Sind die Wähler bereit und in der Lage, sich mit den politischen Parteien auseinanderzusetzen? Fällt ihnen etwas ein, wenn man sie bittet, sich zu den Vor- und Nachteilen der zur Wahl stehenden Parteien zu äußern? Können sie auch zu einer neuen Partei etwas sagen? Hat sich die Urteilsbereitschaft der Wähler im Zeitverlauf geändert?

Urteilsbereitschaft ist ein weiter Begriff. Er soll hier jedoch eng gefaßt und auf die Wahlsituation bezogen werden. In diesem Sinne meint Urteilsbereitschaft die Fähigkeit eines Wählers, über die wichtigsten zur Wahl stehenden Parteien Urteile abzugeben.

Für das Wahljahr 1983 kann man davon ausgehen, daß mit der CDU/CSU, der FDP, der SPD und den Grünen die wichtigsten Parteien benannt sind, mit denen sich ein Wähler auseinanderzusetzen hatte. Im Interview wurden die Befragten gebeten, mit eigenen Worten zu sagen, was ihnen an der CDU/CSU, der FDP, der SPD und den Grünen gefällt oder was ihnen mißfällt. Der Versuch, diese Fragen begründet zu beantworten, definiert auf der operationalen Ebene den Grad der Urteilsbereitschaft.

Der empirische Befund spricht für einen hohen Grad der Urteilsbereitschaft der deutschen Wählerschaft. Damit werden Ergebnisse international vergleichender Studien bestätigt, die die kognitive Kompetenz der deutschen Bevölkerung hervorheben. Mehr als 90 Prozent der Befragten äußern sich zu den Vor- und Nachteilen der CDU/CSU (96 Prozent), der FDP (92 Prozent), der SPD (96 Prozent) und der Grünen (93 Prozent). Die Zahl der durchschnittlich vorgetragenen Argumente beträgt 3.9 im Falle der SPD, 3.7 im Falle der CDU/CSU, 3.0 im Falle der Grünen und 2.7 im Falle der FDP.

Es würde dem Bild vom kompetenten Bürger entsprechen, wenn der Wähler die

10 Vgl. Hans-Dieter Klingemann, Die Einstellungen zur SPD und CDU/CSU 1969–1980, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1983, S. 478–537.

Vor- und Nachteile von mehr als einer Partei gegeneinander abwägen könnte. Dies ist, wie Tabelle 1 ausweist, im Jahre 1983 in hohem Maße der Fall. 96 Prozent der Befragten betrachten mindestens zwei, 87 Prozent alle vier der zur Wahl stehenden Parteien.

Das Ergebnis zeigt außerdem, daß, was die Urteilsbereitschaft angeht, weder zwischen den etablierten Parteien und der neuen Partei noch zwischen den beiden großen und den beiden kleinen Parteien gravierende Unterschiede bestehen. Den kleinen Parteien wird also durchaus Beachtung geschenkt; ihre Vor- und Nachteile bleiben im Kalkül des Wählers nicht unberücksichtigt. Die Tatsache, daß eine relativ neue Partei wie die der Grünen in kurzer Zeit über einen so hohen Bekanntheitsgrad verfügt, ist durchaus nicht selbstverständlich. Er ist offensichtlich wohl nur dann zu erreichen, wenn eine neue Partei Fragen aufgreift, die das Interesse der Wählerschaft finden. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Verbreitung von Politikzielen unter den gegenwärtigen Bedingungen eines entwickelten Systems der Massenmedien ungleich besser möglich ist, als dies in früheren Zeiten der Fall war. Die Grünen haben davon sicherlich profitiert.

Die Tendenz zur vergleichenden Urteilsbereitschaft hat sich im Zeitverlauf verstärkt.

Tabelle 1: Die Urteilsbereitschaft der Wähler: Die Anzahl der von den Befragten beurteilten Parteien, 1983

	%
Vier Parteien beurteilt	87
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	
Drei Parteien beurteilt	
CDU/CSU-FDP-SPD	3
CDU/CSU-SPD-Grüne	3
CDU/CSU-FDP-Grüne	0
FDP-SPD-Grüne	1
	<hr style="border-top: 1px dashed black;"/> 7
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	
Zwei Parteien beurteilt	
CDU/CSU-FDP	—
CDU/CSU-SPD	1
CDU/CSU-Grüne	0
FDP-SPD	0
FDP-Grüne	0
SPD-Grüne	0
	<hr style="border-top: 1px dashed black;"/> 2
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	
Eine Partei beurteilt	
CDU/CSU	1
FDP	0
SPD	0
Grüne	1
	<hr style="border-top: 1px dashed black;"/> 2
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	
Keine Partei beurteilt	2
<hr style="border-top: 1px solid black;"/>	
N	1197

Für die drei etablierten Parteien, die bis zum Wahljahr 1983 die Wahlsituation bestimmt haben, liegen Ergebnisse aus den Bundestagsvorwahlstudien seit 1972 vor. Sie weisen aus, daß der Anteil der Befragten, die alle drei Parteien beurteilen konnten, von 70 Prozent im Jahre 1972 auf 90 Prozent im Jahre 1983 angestiegen ist.

Tabelle 2: Die Urteilsbereitschaft der Wähler im Zeitvergleich: Die Anzahl der von den Befragten beurteilten drei etablierten Parteien, 1972–1983

	1983	1980	1976	1972
	%	%	%	%
Drei Parteien beurteilt	90	81	77	70
Zwei Parteien beurteilt				
CDU/CSU und SPD	4	8	9	14
CDU/CSU und FDP	0	1	1	0
SPD und FDP	1	1	2	2
	5	10	12	16
Eine Partei beurteilt				
CDU/CSU	1	1	1	1
FDP	0	0	0	2
SPD	1	2	3	0
	2	3	4	3
Keine Partei beurteilt	3	6	7	11
N	1197	1517	2076	1588

3. Parteienwettbewerb oder Parteienverdrossenheit?

Eine hohe Bereitschaft zur Beurteilung der zur Wahl stehenden Parteien sagt noch nichts darüber aus, wie diese Parteien von den Wählern bewertet werden. Sie muß nicht notwendigerweise ein Zeichen für einen gut funktionierenden Parteienwettbewerb sein, der dadurch gekennzeichnet ist, daß man sich für mindestens eine der konkurrierenden politischen Parteien begründet entscheiden kann, während man mindestens eine der anderen Parteien ebenso begründet ablehnt. Ein hoher Grad an Urteilsbereitschaft kann, das lehrt das Beispiel der Weimarer Republik, durchaus auch einen hohen Grad an Unzufriedenheit mit allen demokratischen Parteien bedeuten.

Für die USA haben Nie, Verba und Petrocik eine zunehmend negativistische Tendenz der Bevölkerung gegenüber den beiden dominanten Parteien, der Demokratischen und der Republikanischen Partei, behauptet¹¹. Wattenberg hat die von Nie,

11 Norman H. Nie/Sidney Verba/John R. Petrocik, *The Changing American Voter*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1976, S. 57–58.

Verba und Petrocik angeführten Daten neu analysiert und herausgefunden, daß es sich weniger um eine negativistische Tendenz, als um eine drastisch zunehmende neutrale Einstellung der amerikanischen Bevölkerung zu den politischen Parteien handelt¹². Dies wird mit der abnehmenden Bedeutung der Parteien im politischen Entscheidungsprozeß erklärt.

Die Annahme der Parteienverdrossenheit richtet sich in der Bundesrepublik vor allem auf die drei etablierten Parteien, die CDU/CSU, die FDP und die SPD. Sie kann empirisch überprüft werden, indem man 1. für jede dieser Parteien ermittelt, ob (a) die Anzahl der positiven Argumente größer ist als die Anzahl der negativen Argumente („positiv“), (b) die Anzahl der positiven und der negativen Argumente gleich groß ist („neutral“) oder ob (c) die Anzahl der positiven Argumente kleiner ist als die der negativen Argumente („negativ“) und 2. die so errechneten Werte systematisch miteinander vergleicht. Die sich aus einem solchen Vergleich ergebenden Typen lassen sich wie folgt definieren:

1. *Negativ* für alle beurteilten Parteien ergibt sich eine überwiegend negative Bewertung;
2. *Negativ-neutral* für alle beurteilten Parteien ergibt sich entweder eine überwiegend negative oder eine neutrale Bewertung;
3. *Neutral* für alle beurteilten Parteien ergibt sich eine neutrale Bewertung;
4. *Positiv-neutral-negativ* es wird je eine der drei Parteien überwiegend positiv, überwiegend negativ oder neutral bewertet;
5. *Positiv-negativ* für alle beurteilten Parteien ergibt sich entweder eine überwiegend positive oder eine überwiegend negative Bewertung;
6. *Positiv-neutral* für alle beurteilten Parteien ergibt sich entweder eine überwiegend positive oder eine neutrale Bewertung;
7. *Positiv* für alle beurteilten Parteien ergibt sich eine überwiegend positive Beurteilung.

Für diese Klassifikation der Befragten ist es unwichtig, welche der drei etablierten Parteien abgelehnt oder präferiert wird. Wichtig ist in erster Linie ob (a) Anzeichen für eine Parteienverdrossenheit (negativ; negativ-neutral), (b) eine Indifferenz gegenüber den Parteien (neutral), (c) Anzeichen für einen Parteienwettbewerb (negativ-positiv; negativ-neutral-positiv) oder (d) eine Parteieneuphorie (positiv; positiv-neutral) auszumachen sind.

Das empirische Ergebnis spricht eine eindeutige Sprache. Der Wettbewerb zwischen den etablierten Parteien ist nach wie vor die Regel. Knapp Zweidrittel der Befragten haben für mindestens eine etablierte Partei mehr positive als negative Argumente und umgekehrt. Bei 22 Prozent der Befragten ist nach der oben angeführten Definition im Jahr 1983 Parteienverdrossenheit auszumachen. Der langfristige Mittelwert der so eingestellten Befragten liegt bei etwa 20 Prozent (1972–1983). Es kann also keine dramatische Erhöhung zu den vergangenen Jahren festgestellt werden. Dies gilt auch für die Kategorie „Parteieneuphorie“ (1983: 8 Prozent; lang-

12 Martin P. Wattenberg, *The Decline of American Political Parties 1952–1980*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1984, S. 50–72.

Tabelle 3: Parteienwettbewerb oder Parteienverdrossenheit: Die Gesamtbewertung der drei etablierten Parteien im Zeitvergleich, 1972–1983

Muster der Parteienbewertung	Anzahl der bewerteten Parteien	1983 %	1980 %	1976 %	1972 %
+++	3	1	2	2	1
++	2	0	1	1	1
+	1	—	2	2	2
Positiv		2	5	5	5
++=	3	3	3	3	2
+==	3	3	4	3	3
+=	2	0	1	2	1
Positiv – neutral		6	8	8	6
++–	3	14	21	17	15
+--	3	32	20	19	17
+–	2	2	5	5	9
Positiv – negativ		48	46	41	41
+=-	3	16	17	15	15
Positiv – neutral – negativ		16	17	15	15
===	3	1	1	1	2
==	2	0	0	1	1
=	1	2	0	1	0
Neutral		3	1	3	3
---=	3	9	5	7	6
--=	3	5	4	4	6
--	2	1	1	2	1
Negativ – neutral		15	10	13	13
---	3	7	4	4	3
--	2	0	2	1	2
–	1	0	1	2	1
Negativ		7	7	7	6
Keine etablierte Partei bewertet		3	6	7	11
		100	100	100	100
N		1197	1517	2076	1588

fristiger Mittelwert: 11 Prozent). Für 1983 wurde eine indifferente Einstellung zu den Parteien bei drei Prozent der Befragten ermittelt. Dies ist auch im Zeitvergleich der modale Wert. Es kann also nicht, wie im amerikanischen Fall, von einer „lauwarmen“ Einstellung zu den politischen Parteien gesprochen werden. In den USA betrug der entsprechende Wert nicht drei Prozent, sondern 36,5 Prozent der Befragten¹³. Dies unterstreicht die wichtige Rolle der etablierten Parteien für die Politik in

13 Vgl. ebd., S. 61.

der Bundesrepublik, die ihnen auch in den Augen der Wählerschaft zukommt. Die Anknüpfungspunkte für eine positive Identifikation mit ihrer Politik sind in großem Maße vorhanden. Von einer zunehmenden Parteienverdrossenheit kann nicht die Rede sein.

Wie Tabelle 4 ausweist, muß man jedoch auch konstatieren, daß Befragte, die den etablierten Parteien insgesamt eher negativ gegenüberstehen, die neue (Protest-) Partei, die Grünen, überdurchschnittlich positiv beurteilen. Die Tendenz ist aber nicht besonders ausgeprägt. Nach diesen Daten spricht wenig für einen fundamentalen Gegensatz zwischen den etablierten Parteien und der neuen Partei. Dagegen spricht viel für eine Ausdifferenzierung des etablierten Parteiensystems, das damit nicht grundsätzlich infrage gestellt wird.

Tabelle 4: Parteienwettbewerb oder Parteienverdrossenheit: Die Beziehung zwischen der Gesamtbewertung der drei etablierten Parteien und der Bewertung der Grünen, 1983

Gesamtbewertung der drei etablierten Parteien	Bewertung der Grünen				N
	positiv %	neutral %	negativ %	keine Bewertung %	
Positiv + + +					
+ +	10	10	80	—	20
+ + =					
neutral + = =	17	27	49	7	77
+ =					
Positiv + + -					
negativ + - -	14	21	60	5	573
+ -					
Positiv + = -					
neutral + = -	14	27	56	3	192
negativ + = -					
Neutral = = =					
= = =	7	10	43	40	30
=					
Negativ - - =					
neutral - = =	19	22	55	4	186
- =					
Negativ - - -					
- - -	26	28	44	2	87
-					
Keine Bewertung	6	3	19	72	32
Insgesamt	15	22	56	7	1197

4. Das Erscheinungsbild der Parteien:

Themenbereiche und Positionen, „alte“ oder „neue“ Politik?

Unter dem Aspekt der Bewertung läßt sich die wesentliche Information mit den Kategorien „positiv“, „neutral“ und „negativ“ beschreiben. Ein ähnlich einfaches Schema ist für die Klassifikation der *Inhalte* von Argumenten, auf denen die Bewertung beruht, nicht zu haben. Dies zeigt sich in besonderem Maße, wenn man die offene Frage als Instrument der Datenerhebung verwendet. Sie schränkt, im Gegensatz zur geschlossenen Frage, die mögliche Vielfalt der Themenbereiche und Positionen nicht ein (*range*). Sie mißt vielmehr die Einstellungen, die den Wählern in einer bestimmten Situation am wichtigsten sind (*salience*) und gibt somit ein valides Bild der in der Bevölkerung vorherrschenden Themenbereiche und Positionen, die mit den politischen Parteien verknüpft werden. In der hier berichteten Forschung wurde für die Ermittlung dieser Sachverhalte die folgende, offen formulierte Frage verwendet:

„Nun würde mich interessieren, was Ihrer Ansicht nach die guten und die schlechten Seiten der folgenden Parteien – CDU/CSU, SPD, FDP und Die Grünen – sind:

- Was gefällt Ihnen an der CDU/CSU (SPD, FDP, Die Grünen)?
- Was gefällt Ihnen nicht an der CDU/CSU (SPD, FDP, Die Grünen)?“

Die von den Interviewern protokollierten Antworten der Befragten wurden nach ihrem Inhalt in acht große Themenbereiche eingeordnet:

1. *ideologische Themen*;
2. *gruppenbezogene Themen*;
3. *innenpolitische Themen*;
4. *außenpolitische Themen*;
5. Themen, die auf die Regierung, die Opposition oder die Partei bezogen sind;
6. Themen, die auf Politiker bezogen sind;
7. *unpolitische Themen*;
8. *unspezifische Themen*.

Diese Themenbereiche sind, die unterschiedlichen Positionen der Parteien berücksichtigend, in sich weiter differenziert. Die genauen Definitionen der Kategorien sind an anderer Stelle ausführlich dargestellt¹⁴. In der folgenden Analyse wird berichtet, welche Inhalte mit den einzelnen Parteien im Wahljahr 1983 verknüpft wurden und wie sich diese Inhalte im Zeitverlauf verändert haben. Der neuen Partei, den Grünen, gilt besondere Aufmerksamkeit. Die Frage, die durchgängig gestellt wird, bezieht sich auf das relative Gewicht von Themen der „alten“ und der „neuen“ Politik. Hat die „neue“ Politik die „alte“ Politik aus den Erscheinungsbildern der Parteien verdrängt?

14 Siehe Klingemann, Die Einstellungen zur SPD und CDU/CSU 1969–1980 (Anm. 10), S. 508–516.

4.1. Die Beurteilung der CDU/CSU

Der überwiegende Teil der Wahlberechtigten beurteilt die CDU/CSU vor der Bundestagswahl 1983 unter den Aspekten der allgemeinen politischen Leistungsfähigkeit (Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind) und der wirtschaftspolitischen Kompetenz (innenpolitische Argumente). Darüber hinaus werden als Kriterien die Vertretung von Gruppeninteressen (gruppenbezogene Argumente) und die Qualität des Führungspersonals herangezogen (Argumente, die auf Politiker bezogen sind). Die Außenpolitik und die ideologische Orientierung spielen, wie auch die unspezifischen und unpolitischen Argumente, nur eine untergeordnete Rolle.

Die allgemeine politische Leistungsfähigkeit ist die Elle, an der die CDU/CSU – seitdem vergleichbare Daten vorliegen – in erster Linie gemessen wird. Die Situation des Jahres 1983 unterscheidet sich von den vorangegangenen Bundestagswahlen seit 1969 vor allem durch einen starken Anstieg des Interesses an wirtschaftspolitischen Fragen und an Fragen der Vertretung von Gruppeninteressen. So erhöht sich 1983 der Anteil der Befragten, deren Bewertung der CDU/CSU sich an innenpolitischen Argumenten festmacht, im Vergleich zu 1980 von 29 Prozent auf 53 Prozent. Der Anteil der Befragten, die sich auf Gruppeninteressen beziehen, steigt im gleichen Zeitraum von 21 Prozent auf 38 Prozent.

Die Konzentration des Interesses auf bestimmte Themenbereiche sagt noch nichts darüber aus, welche positiven oder negativen Konsequenzen sich daraus für die zur Bewertung anstehende politische Partei ergeben. Die Analyse zeigt, daß die CDU/CSU-Bewertung vor allem von der Überzeugung der Bevölkerung profitiert, sie könne die wirtschaftlichen Probleme besser lösen als die anderen zur Wahl stehenden Parteien. Dabei spielt das Problem der Verringerung der Staatsschulden eine besondere Rolle. Als Beispiel seien die folgenden Antworten angeführt:

„Sie sind realistischer. Sie sorgen am ehesten dafür, daß die Staatsfinanzen in Ordnung bleiben. Sie streichen überflüssige Sozialausgaben.“

„Die CDU/CSU hat versucht, aus der schlechten derzeitigen Lage das Beste zu machen. Sie versuchen, die Staatsschulden zu verringern.“

Gegenüber der Situation des Jahres 1980 steigt auch der Anteil der Befragten sprunghaft an, die ganz allgemein der Überzeugung sind, die CDU/CSU könne die Regierungsgeschäfte besser führen. In diese Richtung weist das typische Argument:

„Sie haben eine gute Mannschaft, und sie können ganz einfach besser regieren.“

Der positiven Entwicklung dieser Kompetenzvermutungen steht eine für die CDU/CSU negative Entwicklung im Themenbereich der gruppenbezogenen Argumente gegenüber. Hier sank, bei insgesamt erhöhtem Gewicht der gruppenbezogenen Argumente im Jahr 1983, der Anteil der Befragten, die daraus eine positive Bewertung der CDU/CSU ableiten (1980: 32 Prozent; 1983: 20 Prozent). Ein Befragter drückt dies so aus:

Tabelle 5: Die Beurteilung der CDU/CSU vor der Bundestagswahl 1983

Typ des Arguments	%	N	davon positive Argumente %	%	N	davon positive Argumente %
Ideologische Argumente	5	(199)	43			
darunter: ist konservativ				48	(95)	20
ist christlich				22	(43)	77
Gruppenbezogene Argumente	16	(715)	22			
darunter: ist für die Oberschicht				71	(505)	8
Innenpolitische Argumente	27	(1197)	64			
darunter: Wirtschaftspolitik				67	(807)	79
Sozialpolitik				21	(253)	30
Außenpolitische Argumente	7	(299)	45			
darunter: Ost- und Deutschlandpolitik				29	(86)	65
West- und Bündnispolitik				61	(182)	33
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	24	(1065)	47			
darunter: Regierungs- und Oppositionsleistung				40	(424)	73
politische Moral				27	(286)	15
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	13	(588)	44			
darunter: CDU/CSU- Kanzlerkandidat				22	(130)	49
Parteiführer CSU				25	(149)	17
Sonstige CDU/CSU- Politiker				17	(95)	36
Politiker allgemein			36	(211)	63	
Unpolitische Argumente	2	(76)	63			
Unspezifische Argumente	6	(268)	35			
Insgesamt	100	(4407)	46			

„Man muß nur das neue Mietgesetz ansehen oder den Krankenkassenbeitrag für die Rentner. Auch für den Kuraufenthalt müssen DM 10 mehr bezahlt werden. Das ist nicht gut. Sie müßten noch mehr für die Arbeitnehmer tun und nicht die Lasten auf deren Rücken austragen. Die Reichen werden zu wenig zur Kasse gebeten.“

Dies spricht für eine Zunahme der Bedeutung der ökonomisch bestimmten Konfliktlinie der politischen Auseinandersetzung, ein Sachverhalt, der – wie noch gezeigt werden wird – eine Entsprechung bei der Beurteilung der SPD findet.

Die positive Bewertung des Führungspersonals der CDU/CSU nimmt dagegen, nach dem absoluten Tiefpunkt, der für die Wahl des Jahres 1980 gemessen wurde, 1983 wieder zu (1980: 31 Prozent; 1983: 41 Prozent).

Damit sind, ohne auf die übrigen Themenbereiche im Detail einzugehen, die wesentlichen Konturen des Profils der CDU/CSU im Urteil der Bevölkerung umschrieben. Der relativ und absolut gewachsenen allgemeinen Kompetenzvermutung und des absolut gestiegenen Vertrauens in die wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit der Partei steht eine negative Bewertung hinsichtlich der Vertretung der Interessen des „kleinen Mannes“ gegenüber.

Dieses Bild spricht nicht für eine „neue“ Politik. Es spricht vielmehr für die Bedeutung „alter“ Bewertungsmuster. Bezogen auf die Kompetenzvermutungen, werden sich die „Erben Adenauers“ in Zukunft allerdings auch am Maßstab der einmal erbrachten Leistungen messen lassen müssen.

4.2. Die Beurteilung der SPD

Ebenso wie die CDU/CSU, wird auch die SPD vor der Bundestagswahl 1983 in erster Linie nach der allgemeinen politischen Leistungsfähigkeit (Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind), nach der Kompetenz in Wirtschaftsfragen (innenpolitische Argumente) und nach der Vertretung von Gruppeninteressen (gruppenbezogene Argumente) beurteilt. Und ebenso wie bei der CDU/CSU, wiegen auch im Falle der SPD die übrigen Themenbereiche weniger schwer. Im Vergleich zu den vorangegangenen Bundestagswahlen seit 1969 fällt auf, daß der Anteil der Befragten, die auf innenpolitische und gruppenbezogene Argumente zurückgreifen, drastisch angestiegen ist.

Der Grad der positiven Beurteilung der innenpolitischen Kompetenz der SPD und ihrer allgemeinen politischen Leistungsfähigkeit erreicht 1983 ein Minimum. Antworten wie diese sind typische Beispiele für den Tenor des Urteils:

„Die SPD hat wirtschaftspolitisch versagt. Sie ist zu wenig für den Mittelstand eingetreten und hat zuviel Geld für soziale Belange ausgegeben; und das oft noch für Bürger, die sehr gut verdienen. Sie hat zuviele Staatsschulden gemacht, zu wenig an die Zukunft gedacht, den Firmen, vor allem den kleineren, zu viele Lasten aufgebürdet.“

„Die SPD verspricht mehr als sie halten kann. Das war leider immer so. Dreizehn Jahre reichen wohl nicht aus, um es besser zu machen als andere.“

Zu einer positiven Bewertung kommen, soweit sie innenpolitisch argumentieren, 1983 nur noch 29 Prozent der Befragten. Im Jahre 1969, zu Beginn der sozialliberalen Koalition, lag der Anteil bei immerhin 69 Prozent. Die allgemeine Regierungsleistung der SPD beurteilen 1983 nur noch 21 Prozent positiv gegenüber 37 Prozent im Jahr 1969. Aus den Antworten spricht überwiegend Enttäuschung und ein gewisser Zorn. Mancher Befragte bringt es auf die Formel:

„Sie haben den Karren in den Dreck gefahren.“

In anderen Themenbereichen schneidet die SPD dagegen deutlich besser ab. Das gilt für die Außenpolitik ebenso wie für das politische Personal. Soweit es das politische

Tabelle 6: Die Beurteilung der SPD vor der Bundestagswahl 1983

Typ des Arguments	%	N	davon positive Argumente %	%	N	davon positive Argumente %
Ideologische Argumente	5	(231)	34			
darunter: ist links				41	(95)	3
ist progressiv				14	(33)	42
ist liberal				20	(52)	83
Gruppenbezogene Argumente	18	(839)	77			
darunter: ist für die Unterschicht				70	(586)	93
Innenpolitische Argumente	30	(1414)	37			
darunter: Wirtschaftspolitik				55	(793)	15
Sozialpolitik				34	(468)	71
Außenpolitische Argumente	8	(401)	63			
darunter: Ost- und Deutschlandpolitik				48	(191)	65
West- und Bündnispolitik				37	(148)	59
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	23	(1057)	29			
darunter: Regierungs- und Oppositionsleistung				40	(421)	35
politische Moral				19	(207)	17
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	10	(450)	57			
darunter: SPD-Kanzler- kandidat				57	(258)	67
Sonstige SPD- Politiker				12	(55)	25
Politiker allgemein				30	(133)	52
Unpolitische Argumente	2	(98)	70			
Unspezifische Argumente	4	(205)	28			
Insgesamt	100	(4695)	47			

Personal betrifft, ist dies allerdings weniger auf den neuen Kanzlerkandidaten der Partei als auf den alten Kanzler, Helmut Schmidt, zurückzuführen.

Weit wichtiger für die positive Beurteilung der SPD erweist sich jedoch auch im Jahr 1983 die historisch geprägte Überzeugung, daß es die SPD ist, die in erster Linie für die Interessen der kleinen Leute, insbesondere der Arbeiterschaft, eintritt.

Die folgende Antwort illustriert diese klassische Argumentationsfigur:

„Die SPD hat all die Jahre immer an den kleinen Mann gedacht. Wie ist es denn früher gewesen? Wir mußten arbeiten und arbeiten, und wenn wir nicht mehr konnten, wurden ganz einfach andere Leute rangenommen, ohne Rücksicht darauf, wie man dann dastand.“

Oder:

„Sie setzen sich wieder stark für Gruppen ein, die sich selbst nicht wehren können.“

Insgesamt zeigt der skizzierte Befund den wachsenden Zweifel an der Regierungsfähigkeit der SPD, vor allem aber die Unzufriedenheit mit ihrer Wirtschaftspolitik. Dem steht jedoch als Aktivposten gegenüber, daß sich die SPD um die Interessenvertretung der Arbeiterschaft in den langen Jahren ihrer politischen Arbeit verdient gemacht hat. Auf dieses Wissen der Bevölkerung kann die Partei also selbst in für sie schlechten Zeiten immer noch zurückgreifen.

4.3. Die Beurteilung der FDP

Von überragender Bedeutung für die Beurteilung der FDP erweist sich vor der Bundestagswahl 1983 die Koalitionsproblematik. Alle anderen Themenbereiche treten demgegenüber in den Hintergrund; relative Wichtigkeit kommt noch dem politischen Personal, der ideologischen Orientierung der Partei sowie den unspezifischen Argumenten („mir gefällt alles/nichts an der FDP“) zu. Dieses Bild ist nicht neu; es trifft auch auf die Situation der vorangegangenen Bundestagswahlen zu. Es kennzeichnet die Lage der FDP im Jahre 1983 jedoch besonders, daß der Grad der Konzentration des Interesses der Wählerschaft auf das Koalitionsthema noch einmal deutlich angestiegen ist. Zu diesem Zeitpunkt beurteilen 84 Prozent der Wählerschaft die Partei unter diesem Aspekt. Vor den Wahlen der Jahre 1980 und 1976 lag der entsprechende Anteil bei 66 bzw. 65 Prozent.

Das an der Koalitionsfrage festgemachte Urteil hat sich für die FDP schon immer negativ ausgewirkt. Die Anhänger der Partei, mit der die FDP nicht koalitiert, sind eben deshalb nicht zufrieden. Aber auch die Anhänger der jeweiligen Koalitionspartei meinen, die FDP verhindere die volle Realisierung ihrer eigentlichen Ziele. Nur diejenigen, die sich von einer Regierungsbeteiligung der FDP eine „liberale“ Politik erhoffen, kommen zu einer positiven Wertung – und dieser Teil der Wähler ist in der Minderheit. Das beweist sich auch im Jahr 1983. Hinzu kommt jedoch diesmal ein besonderer Umstand: die Art und Weise, wie im Jahre 1982 der Wechsel von der SPD/FDP-Koalition zur CDU/CSU/FDP-Koalition vollzogen wurde, erscheint weiten Teilen der Bevölkerung als schlechter politischer Stil und wird unter moralischen Aspekten beurteilt. Von „Verrat“ ist die Rede. Die folgenden Argumente sind häufig zu hören:

„Die FDP hat kein gutes Spiel mit Helmut Schmidt getrieben. Sie hat den Bundeskanzler verraten. Man kann sagen was man will: die FDP hat damit keine gute Tat vollbracht. Ich persönlich halte sie für eine Verräterpartei.“

„Im Moment bin ich mit der FDP ganz und gar nicht zufrieden. Mit der SPD hatten sie es doch gut für uns gemacht, wir waren zufrieden damit. Aber jetzt haben sie den Helmut Schmidt verraten; und was ist dabei für ein Durcheinander herausgekommen. Nein, nein – so geht es nun doch auch nicht.“

Natürlich gibt es auch Stimmen, die den Koalitionswechsel positiv beurteilen, aber dies ist nur bei zwei von zehn Argumenten dieser Art der Fall.

Nach der Koalitionsproblematik spielte, wenn auch mit größerem Abstand, die Bewertung der Qualität des politischen Personals für die FDP stets eine bedeutende Rolle. Argumente aus diesem Themenbereich wirkten sich in der Regel positiv für die Partei aus. Von den Befragten, die in den Jahren 1976 und 1980 ein solches

Tabelle 7: Die Beurteilung der FDP vor der Bundestagswahl 1983

Typ des Arguments	%	N	davon positive Argumente %	%	N	davon positive Argumente %
Ideologische Argumente	7	(235)	72			
darunter: ist liberal				61	(141)	94
Gruppenbezogene Argumente	4	(130)	36			
darunter: ist für die Oberschicht				61	(80)	20
Innenpolitische Argumente	5	(149)	66			
darunter: Wirtschaftspolitik				68	(101)	69
Sozialpolitik				18	(26)	38
Außenpolitische Argumente	1	(51)	92			
darunter: Ost- und Deutschlandpolitik				33	(17)	100
West- und Bündnispolitik				22	(11)	82
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	59	(1939)	26			
darunter: Koalitionsverhalten				26	(508)	34
politische Moral				38	(735)	9
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	12	(389)	49			
darunter: Parteiführer FDP				46	(178)	49
Sonstige FDP- Politiker				29	(112)	45
Politiker allgemein				25	(96)	52
Unpolitische Argumente	2	(75)	35			
Unspezifische Argumente	10	(335)	8			
Insgesamt	100	(3303)	33			

Argument vorbrachten, kamen jeweils 80 Prozent zu einem positiven Urteil. 1983 liegt dieser Anteil bei 46 Prozent. Dies kennzeichnet ein für die FDP bedrohliches Bild, zumal sie weder im innen- noch im außenpolitischen Bereich ein spezielles Thema in gewichtiger Weise besetzt.

Auf die ideologische Grundposition der Partei beziehen sich 15 Prozent der Befragten. Nur in diesem Bereich kann die FDP auch 1983 noch überwiegend positive Anknüpfungspunkte für die Beurteilung bieten. Als Beispiele seien die folgenden Antworten angeführt:

„Die Liberalität der FDP ist das Einzige, was mir im Augenblick an der Partei gefällt.“
 „Man braucht liberale Kräfte in der Politik.“

Insgesamt gilt für die FDP wie für die SPD, daß sich für die Partei im wesentlichen nur noch ein historisch unbestrittenes, positiv besetztes Merkmal anbietet. Auch dieser Sachverhalt kennzeichnet das Gewicht der „alten“ Politik.

4.4. Die Beurteilung der Grünen

Erstmals seit 1957 konnte im Wahljahr 1983 wieder eine vierte Partei Mandate für den Bundestag gewinnen. Dieser Erfolg der Grünen, einer „neuen“ politischen Gruppierung, steht im Gegensatz zur bisher sichtbar gewordenen Bedeutung der „alten“ Konfliktlinien des Parteiensystems der Bundesrepublik. Der Frage nach dem Erscheinungsbild der Grünen, nach den Hoffnungen und Befürchtungen, die mit der neuen politischen Kraft verknüpft sind, kommt damit ein besonderes Interesse zu.

Zwei Themenkomplexe schlagen sich in der Beurteilung der Grünen durch die Bevölkerung vor allem nieder: 1. der als zerstritten empfundene innere Zustand der Partei und ihr Mangel an einer kohärenten, umfassenden politischen Programmatik (Argumente, die auf Regierung, Opposition und Partei bezogen sind); 2. der Einsatz der Grünen für Belange der Umweltpolitik (innenpolitische Argumente). Daneben wird noch, obwohl in geringerem Maße, der ideologische Charakter der Partei angesprochen. Alle weiteren Themenkreise bleiben weit hinter den genannten zurück.

Wie bereits angedeutet, sind die auf den inneren Zustand und die Programmatik der Partei bezogenen Argumente in der Regel negativ. Neun von zehn Befragten kommen, wenn sie solche Argumente verwenden, zu negativen Schlußfolgerungen. Beispielhaft sind die folgenden Antworten:

„Man kann bei den Grünen nur schwer durchblicken. Man weiß nicht, was die einzelnen Gruppen so überhaupt vorhaben.“

„Die Grünen sind keine geschlossene Partei: zuviele Meinungen und kein Programm. Keine klare Führung. Sie sagen zu allem nein, vor allem dann, wenn die Regierung ein neues Gesetz einbringen will.“

„Sie sind für mich noch keine Partei. Sie haben kein vollständiges Programm, sind zu oberflächlich.“

Tabelle 8: Die Beurteilung der Grünen vor der Bundestagswahl 1983

Typ des Arguments	%	N	davon positive Argumente		davon positive Argumente	
			%	N	%	N
Ideologische Argumente	8	(303)	11			
darunter: ist links				41	(124)	—
ist radikal				31	(93)	—
Gruppenbezogene Argumente	1	(40)	45			
Innenpolitische Argumente	26	(936)	70			
darunter: Umweltpolitik				63	(589)	91
Energiepolitik				13	(125)	45
Außenpolitische Argumente	4	(162)	67			
darunter: Auf- und Abrüstung				57	(93)	81
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	44	(1592)	21			
darunter: Programmatik				29	(457)	21
Parteiorganisation				25	(405)	11
Regierungs- und Oppositionsleistung				24	(375)	35
Politische Moral				11	(178)	16
Krawalle				6	(102)	—
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	3	(94)	22			
darunter: Politiker allgemein				84	(79)	16
Unpolitische Argumente	7	(232)	13			
Unspezifische Argumente	7	(259)	4			
Insgesamt	100	(3618)	33			

Im ideologischen Bereich dominieren die negativen Argumente ebenfalls. 89 Prozent der Befragten kamen zu einer negativen Bewertung. Die Partei ist für die meisten Wähler „zu links“ und „zu extremistisch“.

Die Analyse zeigt aber auch, daß die Grünen einen speziellen Politikbereich fest besetzt haben und in bezug darauf überwiegend positiv beurteilt werden. Die Wählerschaft hält ihnen, nicht aber den etablierten Parteien, zugute, daß sie sich für die Belange der Umwelt einsetzen. Der Unterschied zwischen den Grünen und den etablierten Parteien ist in diesem Politikfeld eklatant: Von den insgesamt 648 umweltbezogenen Argumenten werden 91 Prozent im Zusammenhang mit den Grünen vorgebracht. Ist dies der Fall, so sind wiederum 91 Prozent dieser Argumente für die Partei positiv gemeint. Weder die von den Grünen mitgetragenen Positionen der Frauenbewegung noch die der Friedensbewegung haben sich in einer auch

nur annähernd vergleichbaren Weise im Meinungsbild der Bevölkerung mit den Grünen verknüpft.

Nach diesem Befund, und das kennzeichnet die Stärke und die Schwäche der Grünen gleichermaßen, wird die Partei in erster Linie als Anwalt der Umweltinteressen begriffen. Um ihre Position auf diesem Gebiet zu behaupten, müssen die Grünen in absehbarer Zeit konkrete umweltpolitische „Erfolge“ nachweisen. Dies wiederum scheint aber nur dann machbar zu sein, wenn die Partei dafür Partner unter den etablierten Parteien finden kann und wenn es den etablierten Parteien nicht gelingt, die Kompetenz auf diesem Gebiet erfolgreich für sich zu gewinnen. Die gegenwärtige Situation kennt noch keinen Sieger. Die „rot-grüne“ Koalition in Hessen spricht für die erstgenannte Alternative; die umweltpolitischen Initiativen der CDU/CSU-FDP-Regierung würden wohl, wenn sie erfolgreich sein sollten, die umweltpolitische Kompetenz eher mit diesen Parteien verbinden.

Betrachtet man die Umweltpolitik als Kernstück der „neuen“ Politik, so hat sich die neue Politik mit den Grünen eine eigene politische Kraft geschaffen. Insofern wäre es gerechtfertigt, in der Situation des Jahres 1983 einen Ausdruck des Gegensatzes der „alten“ und der „neuen“ Politik zu sehen. Dabei stünden die etablierten Parteien – die CDU/CSU, die SPD und die FDP – für die „alte“ und die Grünen für die „neue“ Politik.

5. Der vorsichtig abwägende Wähler

Der Bürger gibt seine Stimme der politischen Partei, für die nach seiner Ansicht die meisten Argumente sprechen. Von dieser These, die auf die Urteilskraft der Bevölkerung setzt, soll hier ausgegangen werden. Um sie zu überprüfen wird, da die tatsächliche Wahlentscheidung nicht bekannt ist, auf die vom Befragten im Interview geäußerte Wahlabsicht zurückgegriffen¹⁵. Die Wahlabsicht soll aufgrund der Bewertungen vorausgesagt werden, die sich aus den für und gegen die einzelnen Parteien vorgebrachten Argumenten ergeben.

5.1. Wahlabsicht und Argumente: Eine Betrachtung der einzelnen Parteien

Die Wähler, das hat die bisherige Analyse gezeigt, sind keine Schwarz-Weiß-Maler. Sie finden an den zur Wahl stehenden Parteien in der Regel gleichzeitig gute wie schlechte Seiten – dies allerdings in den meisten Fällen nicht zu gleichen Teilen.

Es soll nun angenommen werden, daß ein Bürger, der viele Argumente für und wenige Argumente gegen eine Partei anführt, diese Partei mit einer höheren Wahrscheinlichkeit wählen wird als ein Bürger, dem wenige Argumente für und viele Argumente gegen die Partei einfallen. Um den Zusammenhang empirisch zu untersuchen, wird die Differenz zwischen den positiven und den negativen Argumenten gebildet. Dabei werden die negativen von den positiven Argumenten abgezogen.

¹⁵ In dieser Analyse wird nur die Zweitstimme berücksichtigt.

Eine Gewichtung von Argumenten unterschiedlichen Typs wird hier nicht vorgenommen. Jedes Argument wiegt also gleich schwer.

Welcher Zusammenhang ergibt sich nun zwischen der Differenz der positiven und negativen Argumente und der Wahlabsicht? Die Beziehungen sind für die vier hier untersuchten Parteien in den Schaubildern 1 bis 4 dargestellt. Die Kurvenverläufe sind für die beiden großen Parteien einerseits und die beiden kleinen Parteien andererseits deutlich voneinander verschieden. Sie sind über die Zeitpunkte hinweg für die einzelnen Parteien außerordentlich ähnlich.

Für die beiden großen Parteien gilt: Ist die Differenz der Argumente $+1$ oder größer, dann ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlabsicht jeweils größer als 50 Prozent. Ist die Differenz -1 oder im negativen Bereich größer, dann ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlabsicht jeweils kleiner als 50 Prozent. Ergibt die Differenz 0 , dann liegt die Wahrscheinlichkeit der Wahlabsicht relativ nahe dem für die jeweilige Partei geltenden Mittelwert.

Die Beziehung zwischen der Differenz der Argumente und der Wahlabsicht ist nicht linear. Sie kann am besten durch eine S-Kurve beschrieben werden. Die Veränderung der Wahrscheinlichkeit der Wahlabsicht sinkt mit steigendem Wert der Argumentendifferenz. Eine Differenz von *einem* Argument verändert die Wahrscheinlichkeit der Wahlabsicht am stärksten. Jedes weitere Argument, das diese Differenz vergrößert, hat einen geringeren Grenznutzen. Ein ähnlicher Kurvenverlauf ist auch für amerikanische Daten gezeigt worden¹⁶.

Im Falle der beiden kleinen Parteien kann der Zusammenhang am ehesten durch eine J-Kurve dargestellt werden. Die J-Kurve ist jedoch sehr flach. Sie steigt erst im Bereich der größeren positiven Differenzen nennenswert an. Mit anderen Worten: Für die kleineren Parteien müssen schon vergleichsweise sehr viel mehr positive als negative Argumente sprechen als für die größeren Parteien, ehe man sie wählt. So beträgt 1983 die Wahrscheinlichkeit der FDP-Wahlabsicht 18 Prozent, wenn die Anzahl der positiven Argumente die Anzahl der negativen Argumente um 2 übersteigt. Der entsprechende Wert für die Grünen beträgt 15 Prozent¹⁷. Für die CDU/CSU und die SPD gilt dagegen ein Wert von 76 Prozent. Dieser Befund bleibt nicht ohne Konsequenzen für den Versuch, die individuelle Wahlabsicht durch einen systematischen Vergleich der Argumentendifferenzen zwischen den Parteien vorherzusagen.

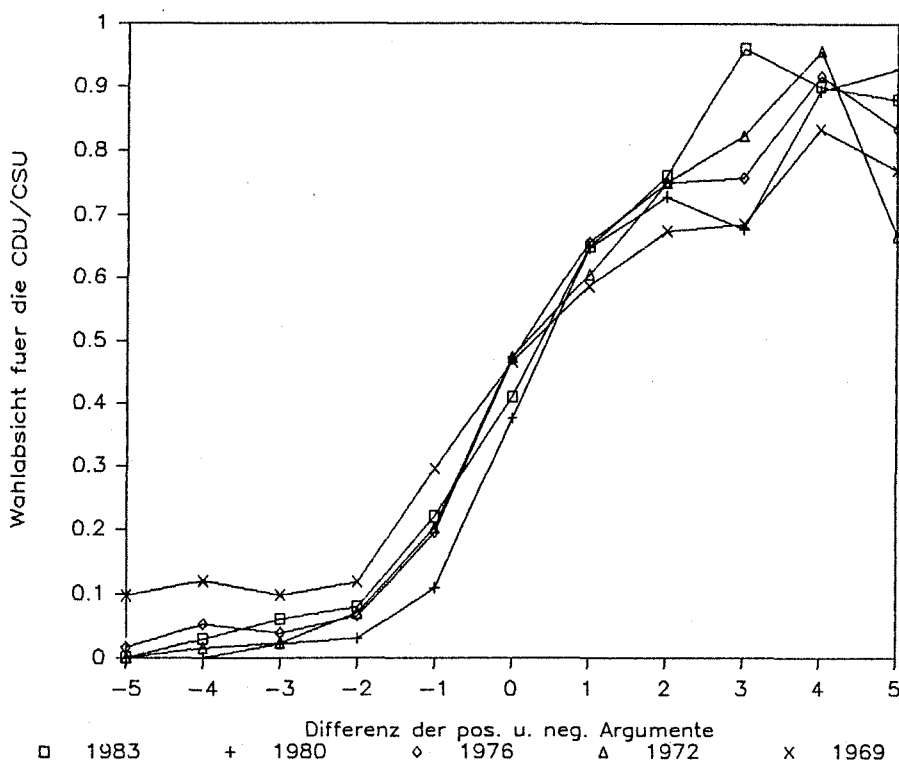
5.2. Wahlabsicht und Argumente: Eine vergleichende Betrachtung der Parteien

In demokratischen Systemen wird den Wählern bei Wahlen nicht nur die Beurteilung einer einzelnen Partei abverlangt. Sie sollten, um zu einer begründeten Wahlentscheidung zu kommen, vielmehr in der Lage sein, die Vor- und Nachteile aller wesentlichen konkurrierenden Parteien gegeneinander abzuwägen.

16 Vgl. z. B. Stanley Kelley, Jr./Thad W. Mirer, The Simple Act of Voting, in: *The American Political Science Review*, 16. Jg. 1973, Fall, S. 459–465.

17 Die Differenz von 2 wurde gewählt, weil in diesem Wertebereich die Fallzahlen auch für die kleinen Parteien leidlich verlässliche Schätzwerte zulassen.

Schaubild 1: Wahlabsicht und Argumente: CDU/CSU, 1969–1983

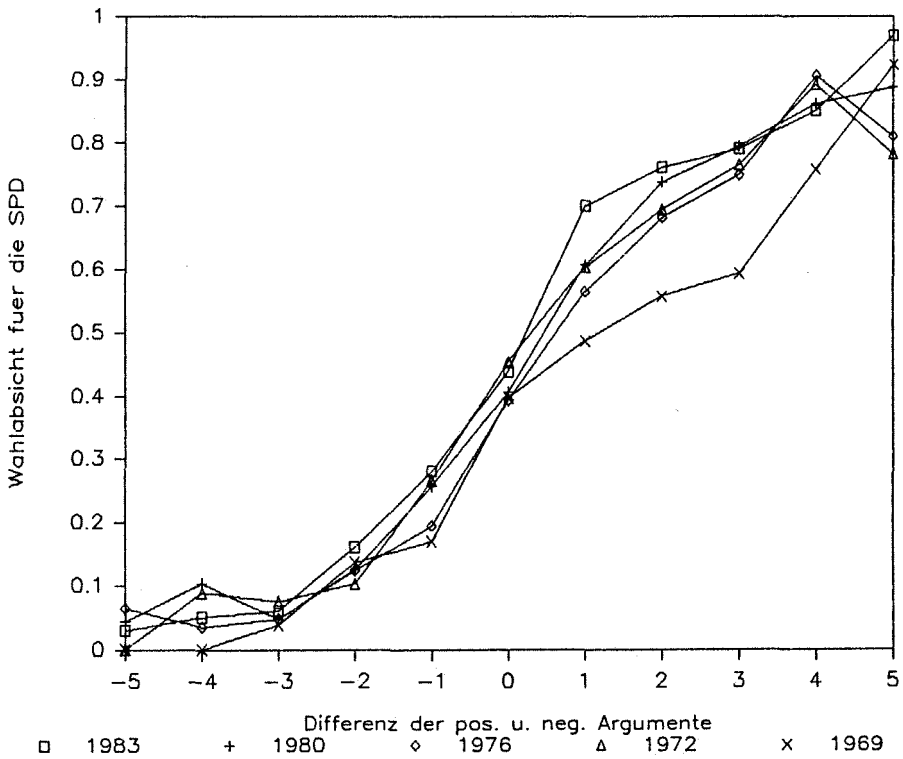


Im ersten Schritt wurden bereits die Wahrscheinlichkeiten mitgeteilt, die sich für die Wahlabsicht aus der Differenz von positiven und negativen Argumenten ergaben. Dabei wurde allerdings stets nur eine Partei betrachtet (vgl. die Schaubilder 1–4). Nunmehr sollen diese Differenzen zwischen den Parteien systematisch miteinander verglichen werden. Dies erst erlaubt eine Überprüfung der These, daß der Bürger der politischen Partei seine Stimme gibt, für die seiner Ansicht nach die meisten Argumente sprechen.

Es können vier Bewertungsmuster, die sich aus dem Differenzenvergleich ergeben, unterschieden werden. Sie sind wie folgt definiert:

1. eine der vier miteinander konkurrierenden Parteien wird besser beurteilt als die drei anderen;
2. zwei der vier miteinander konkurrierenden Parteien werden besser beurteilt als die beiden anderen;
3. drei der vier miteinander konkurrierenden Parteien werden besser beurteilt als die vierte Partei;
4. alle vier miteinander konkurrierenden Parteien werden gleich beurteilt.

Schaubild 2: Wahlabsicht und Argumente: SPD, 1969–1983

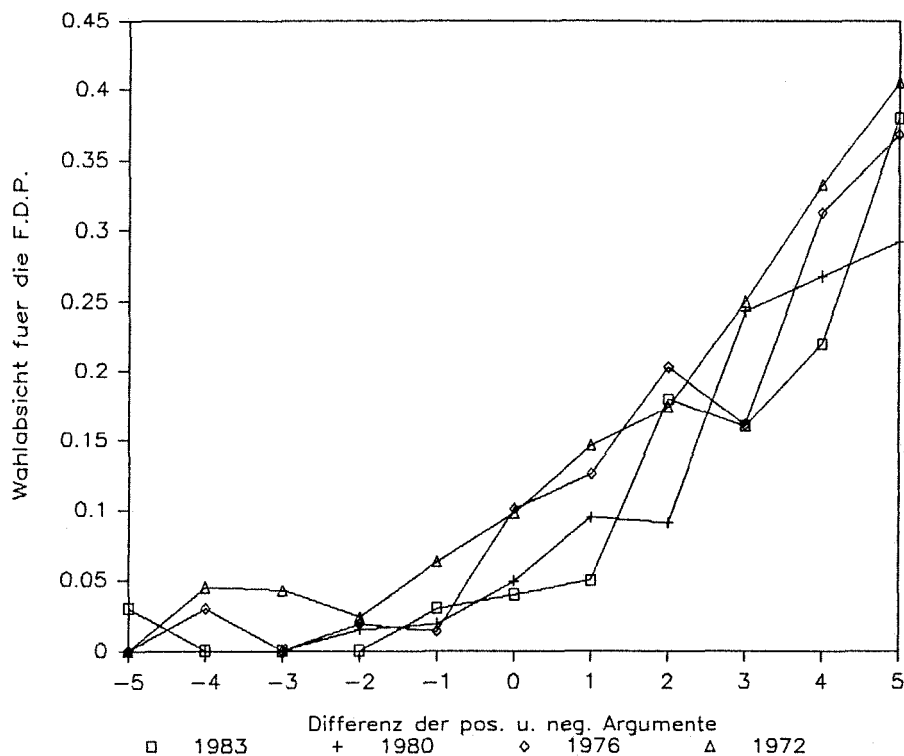


Die vier Bewertungsmuster sind empirisch sehr unterschiedlich verteilt. Die große Mehrheit (77 Prozent) der Befragten kommt beim Abwägen der Vor- und Nachteile der vier Parteien im Jahre 1983 zu einem eindeutigen Urteil. Eine Partei erhält im Vergleich zu den drei Konkurrenten mehr positive als negative Argumente. Bei 16 Prozent der Befragten stehen zwei, bei drei Prozent der Befragten drei Parteien gleichrangig an der Spitze. Weitere drei Prozent der Befragten können keinen Unterschied zwischen den Parteien sehen¹⁸.

Die Antwort auf die Frage nach der Voraussage der Wahlabsicht durch die Bewertung der Parteien muß die unterschiedlichen Bewertungsmuster berücksichtigen. So wird eine „richtige“ Voraussage dann angenommen, wenn 1. der Befragte eine Wahlabsicht für die Partei kundgibt, die im Vergleich zu den mit ihr konkurrierenden Parteien mehr Argumente für als gegen sich hat, oder wenn 2. der Befragte eine Partei wählen will, die gleichrangig den ersten Platz vor den mit ihr konkurrie-

18 Darin sind auch Befragte eingeschlossen, die die Frage nach den Vor- und Nachteilen für alle vier Parteien nicht beantwortet haben.

Schaubild 3: Wahlabsicht und Argumente: FDP, 1972–1983

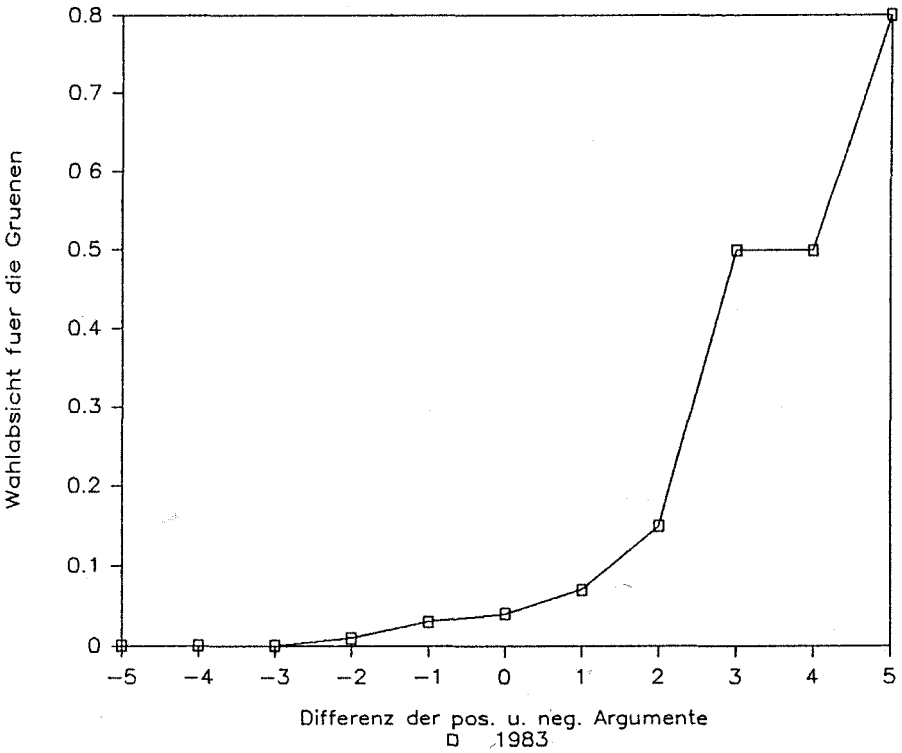


renden anderen Parteien einnimmt. Faßt man das Ergebnis zusammen, so trifft nach dieser einfachen Regel die Voraussage in 73 von 100 Fällen zu, in 20 Prozent der Fälle wird eine andere Partei gewählt und in sieben Prozent der Fälle ist eine Wahlabsicht nicht zu ermitteln. Dies ist für Umfragedaten keine schlechte Prognose.

Eine solche zusammenfassende Feststellung verdeckt jedoch einige wichtige Abweichungen. So kann beobachtet werden, daß die Nennung einer konkreten Wahlabsicht mit sinkender Eindeutigkeit des Bewertungsmusters abnimmt. Ist die Bewertung für mehrere Parteien per Saldo gleich, so fällt dem Wähler die Entscheidung schwer. In einer solchen Lage wächst die Wahrscheinlichkeit einer „Nichtentscheidung“. Man wählt nicht, oder man findet beim Interview keine Antwort auf die Frage nach der Wahlabsicht. Ein solches Muster ist aus vielen anderen Untersuchungen vertraut. Es bewirkt, daß die Trefferquote bei mehrdeutigen Bewertungsmustern tendenziell abnimmt.

Die Zahlen weisen aus, daß die Voraussage für die beiden großen Parteien sehr viel besser ist als für die beiden kleinen Parteien. So wollten 1983 83 Prozent der

Schaubild 4: Wahlabsicht und Argumente: Die Grünen, 1983



Befragten, die eine eindeutige Präferenz für die CDU/CSU haben, die Partei auch wählen. Das gleiche gilt für 86 Prozent der Befragten, die eine eindeutige Präferenz für die SPD haben. Bei der FDP und den Grünen, den beiden kleinen Parteien also, liegen die entsprechenden Anteile dagegen bei nur 20 Prozent (FDP) und bei 28 Prozent (Die Grünen).

Welche anderen Parteien wählen die Befragten, die bei einer Abwägung der Argumente einen Vorsprung für eine der beiden kleinen Parteien feststellen? Die Antwort auf diese Frage ist nach dem empirischen Befund relativ leicht zu beantworten. Im Falle des für die FDP sprechenden Bewertungsmusters wird in erster Linie der Koalitionspartner, die CDU/CSU, gewählt (1983: 46 Prozent). Im Falle des für die Grünen sprechenden Bewertungsmusters gehen die meisten Stimmen an die „Mutterpartei“, die SPD (1983: 48 Prozent). Auch bei den nicht eindeutigen Bewertungsmustern, bei denen die kleinen Parteien mit vorn liegen, ist derselbe Trend festzustellen. Es kann also im Falle der kleinen Parteien eher die „Lagerzugehörigkeit“ als die spezifische Parteipräferenz vorhergesagt werden. Eine solche Lagerzugehörigkeit

Tabelle 9: Der vorsichtig abwägende Wähler: Die Gesamtbewertung von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen und die Beziehung zwischen den Bewertungsmustern und der Wahlabsicht, 1983

Bewertungsmuster	Wahlabsicht 1983						%	N
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Grüne %	Sonstige %	Keine Angabe %		
CDU/CSU > SPD, FDP, Grüne	<u>83</u>	4	7	—	1	5	100	367
FDP > CDU/CSU, SPD, Grüne	46	<u>20</u>	29	1	1	3	100	70
SPD > CDU/CSU, FDP, Grüne	6	1	<u>86</u>	3	0	4	100	372
Grüne > CDU/CSU, SPD, FDP	14	—	48	<u>28</u>	4	6	100	107
CDU/CSU = FDP > SPD, Grüne	<u>77</u>	<u>7</u>	13	—	—	3	100	62
CDU/CSU = SPD > FDP, Grüne	<u>45</u>	—	<u>37</u>	9	—	9	100	35
CDU/CSU = Grüne > SPD, FDP	<u>63</u>	—	25	—	—	12	100	16
SPD = Grüne > CDU/CSU, FDP	11	3	<u>70</u>	<u>5</u>	—	11	100	56
SPD = FDP > CDU/CSU, Grüne	5	<u>5</u>	<u>74</u>	5	—	11	100	19
FDP = Grüne > CDU/CSU, SPD	17	<u>17</u>	33	—	—	33	100	6
CDU/CSU = FDP = SPD > Grüne	<u>53</u>	<u>6</u>	<u>29</u>	—	—	12	100	17
CDU/CSU = FDP = Grüne > SPD	<u>36</u>	—	18	—	—	46	100	11
CDU/CSU = SPD = Grüne > FDP	<u>38</u>	—	<u>44</u>	<u>6</u>	—	12	100	16
SPD = FDP = Grüne > CDU/CSU	22	<u>11</u>	<u>56</u>	<u>11</u>	—	—	100	9
CDU/CSU = FDP = SPD = Grüne ^{a)}	35	3	27	—	—	35	100	34
Insgesamt	41	4	44	4	1	6	100	1197

a) Diese Kategorie enthält auch die Befragten, die alle vier Parteien ohne Beurteilung ließen (n = 23).

ist jedoch, das zeigt der Fall der FDP, nicht ein für allemal gegeben. Die entsprechenden Analysen weisen aus, daß Befragte, die in der Zeit von 1972 bis 1980 ein FDP-dominantes Bewertungsmuster aufwiesen, in erster Linie für die SPD gestimmt haben.

Die Sogkraft der großen Parteien, die durch gemeinsame Regierungstätigkeit oder durch ideologische Nähe mit den kleinen Parteien verbunden sind, ist enorm. Soweit es die Argumente angeht, muß für die kleinen Parteien weit mehr sprechen als für die großen Parteien. Im Zweifelsfalle profitieren die großen Parteien von ihrer Mehrheit.

Warum ist dies so? Vielleicht deshalb, weil der einzelne das politische Urteil seiner Mitbürger ernst nimmt und es in sein Kalkül mit einbezieht. Je größer die Diskrepanz zwischen dem eigenen Urteil und dem der Mehrheit der Mitbürger ist, um so fundierter muß das eigene Urteil sein. Dies spricht für einen im Zweifelsfall *vorsichtig* abwägenden Wähler.

Tabelle 10: Der vorsichtig abwägende Wähler im Zeitvergleich: Die Gesamtbewertung von CDU/CSU, FDP und SPD und die Beziehung zwischen den Bewertungsmustern und der Wahlabsicht, 1972–1983

Bewertungsmuster	Wahljahr	Wahlabsicht					%	N
		CDU/CSU %	FDP %	SPD %	Sonstige Parteien %	Keine Angabe %		
CDU/CSU > SPD, FDP	1983	81	4	9	0	6	100	391
	1980	79	2	6	2	11	100	438
	1976	76	3	7	0	14	100	586
	1972	73	2	9	1	15	100	357
FDP > CDU/CSU, SPD	1983	38	17	32	8	5	100	87
	1980	13	21	49	3	14	100	274
	1976	27	14	39	1	19	100	493
	1972	24	12	50	1	13	100	403
SPD > CDU/CSU, FDP	1983	6	1	80	8	5	100	482
	1980	5	3	74	3	15	100	441
	1976	7	7	73	2	11	100	409
	1972	9	11	71	2	7	100	351
CDU/CSU = FDP > SPD	1983	68	5	15	2	10	100	81
	1980	44	8	18	8	22	100	60
	1976	47	8	26	0	19	100	143
	1972	40	9	40	2	9	100	67
SPD = FDP > CDU/CSU	1983	11	5	64	14	6	100	36
	1980	4	8	73	2	13	100	139
	1976	14	15	60	2	9	100	181
	1972	15	12	59	1	13	100	137
CDU/CSU = SPD > FDP	1983	40	—	40	10	10	100	62
	1980	36	—	28	4	32	100	50
	1976	46	5	31	3	15	100	59
	1972	80	—	17	—	3	100	41
CDU/CSU = FDP = SPD ^{a)}	1983	45	3	26	—	26	100	58
	1980	20	5	23	3	49	100	115
	1976	30	5	24	1	40	100	205
	1972	23	4	31	0	42	100	232
Insgesamt	1983	41	4	44	5	6	100	1197
	1980	31	7	42	3	17	100	1517
	1976	38	8	36	1	17	100	2076
	1972	33	8	42	1	16	100	1588

a) Diese Kategorie enthält auch die Befragten, die alle drei Parteien ohne Beurteilung ließen (1983: n = 32; 1980: n = 85; 1976: n = 139; 1972: n = 179).

Literatur

- Beyme, Klaus von, Do Parties Matter? Der Einfluß der Parteien auf politische Entscheidungen, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22. Jg. 1981, S. 343–358.
- Converse, Philip E., The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David A. Apter (Hrsg.), *Ideology and Discontent*, New York: Free Press 1964, S. 206–261.
- Dittberner, Jürgen/Rolf Ebbighausen (Hrsg.), *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1973.
- Kaase, Max, Zur Legitimität des politischen Systems in den westlichen Demokratien, in: Albrecht Randelzhofer/Werner Süß (Hrsg.), *Konsens und Konflikt. 35 Jahre Grundgesetz*, Berlin: de Gruyter 1986, S. 463–494.
- Kelley Jr., Stanley/Thad W. Mirer, The Simple Act of Voting, in: *The American Political Science Review*, 16. Jg. 1973, Fall, S. 459–465.
- Key Jr., Vladimir O., *The Responsible Electorate*, New York: Vintage Books, Knopf & Random House 1968.
- Klingemann, Hans-Dieter, Die Einstellungen zur SPD und CDU/CSU 1969–1980, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1983, S. 478–537.
- ders., Measuring Ideological Conceptualizations, in: Samuel H. Barnes/Max Kaase et al., *Political Action*, Beverly Hills, Ca.: Sage 1979, S. 215–254.
- Küchler, Manfred, Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 39–54.
- Lane, Robert E., *Political Ideology*, New York: Free Press 1962.
- Nie, Norman H./Sidney Verba/John R. Petrocik, *The Changing American Voter*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1976.
- Raschke, Joachim (Hrsg.), *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982.
- Schattschneider, Elmer E., *Party Government*, New York: Farrar & Rinehart 1942.
- Schmidt, Manfred, *CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern*, Frankfurt a. M.: Campus 1980.
- Schumpeter, Joseph A., *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München: Francke 1972 (1. Aufl. New York 1942).
- Wattenberg, Martin P., *The Decline of American Political Parties 1952–1980*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1984.

Anhang

Tabelle 1: Argumente, die vor Bundestagswahlen mit den politischen Parteien verbunden wurden, aufgegliedert nach Themenbereichen und mit Angabe des Anteils positiver Argumente pro Themenbereich, 1969–1983

Themenbereiche Jahr (Typ des Arguments)	CDU/CSU			FDP			SPD			Grüne			
	%	N	+	%	N	+	%	N	+	%	N	+	
1983													
Ideologische Argumente	5	(199)	43	7	(235)	72	5	(231)	34	8	(303)	11	
Gruppenbezogene Argumente	16	(715)	22	4	(130)	36	18	(839)	77	1	(40)	45	
Innenpolitische Argumente	27	(1197)	64	5	(149)	66	30	(1414)	37	26	(936)	70	
Außenpolitische Argumente	7	(299)	45	1	(51)	92	8	(401)	63	4	(162)	67	
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	24	(1065)	47	59	(1939)	26	23	(1057)	29	44	(1592)	21	
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	13	(588)	44	12	(389)	49	10	(450)	57	3	(94)	22	
Unpolitische Argumente	2	(76)	63	2	(75)	35	2	(98)	70	7	(232)	13	
Unspezifische Argumente	6	(268)	35	10	(335)	8	4	(205)	28	7	(259)	4	
Argumente insgesamt	100	(4407)	46	100	(3303)	33	100	(4695)	47	100	(3618)	33	
1980													
Ideologische Argumente	6	(301)	50	10	(337)	75	7	(414)	26				
Gruppenbezogene Argumente	10	(459)	34	5	(162)	40	12	(692)	72				
Innenpolitische Argumente	15	(730)	78	6	(197)	51	28	(1590)	37				
Außenpolitische Argumente	7	(320)	60	3	(120)	84	15	(827)	59				
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	28	(1309)	32	50	(1743)	40	18	(1018)	40				
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	24	(1128)	39	15	(507)	80	13	(770)	68				
Unpolitische Argumente	2	(109)	48	2	(81)	49	2	(91)	67				
Unspezifische Argumente	8	(393)	21	9	(327)	35	5	(284)	50				
Argumente insgesamt	100	(4749)	43	100	(3474)	51	100	(5686)	49				
1976													
Ideologische Argumente	10	(565)	53	10	(421)	70	8	(551)	37				
Gruppenbezogene Argumente	10	(594)	33	5	(211)	45	13	(882)	75				

Innenpolitische Argumente	13	(720)	74	5	(208)	64	28	(1898)	43
Außenpolitische Argumente	5	(280)	62	2	(91)	79	12	(841)	53
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	33	(1865)	37	53	(2289)	37	21	(1410)	33
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	17	(988)	44	12	(525)	81	10	(715)	54
Unpolitische Argumente	2	(137)	61	4	(160)	52	2	(149)	49
Unspezifische Argumente	10	(552)	29	10	(444)	33	6	(427)	27
Argumente insgesamt	100	(5701)	45	100	(4349)	48	100	(6873)	46
1972									
Ideologische Argumente	6	(221)	49	5	(142)	66	7	(312)	41
Gruppenbezogene Argumente	9	(333)	33	4	(109)	26	9	(426)	77
Innenpolitische Argumente	12	(450)	80	4	(103)	48	20	(892)	45
Außenpolitische Argumente	6	(232)	35	4	(95)	89	21	(936)	80
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	35	(1331)	31	47	(1239)	36	23	(1018)	33
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	15	(563)	36	16	(424)	70	11	(493)	41
Unpolitische Argumente	2	(89)	58	2	(52)	50	1	(51)	63
Unspezifische Argumente	16	(604)	24	17	(450)	21	8	(371)	38
Argumente insgesamt	100	(3823)	39	100	(2614)	43	100	(4519)	52
1969									
Ideologische Argumente	7	(176)	50				6	(132)	44
Gruppenbezogene Argumente	11	(285)	26				16	(363)	75
Innenpolitische Argumente	18	(461)	38				15	(349)	70
Außenpolitische Argumente	7	(187)	43				8	(194)	72
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	32	(807)	54				30	(686)	44
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	11	(271)	57				14	(329)	72
Unpolitische Argumente	3	(77)	74				2	(50)	68
Unspezifische Argumente	10	(241)	47				9	(209)	62
Argumente insgesamt	100	(2505)	47				100	(2312)	61

Anmerkung: + = davon positiv.

Tabelle 2: Anteil der Befragten, die vor Bundestagswahlen die politischen Parteien mit Argumenten aus bestimmten Themenbereichen beurteilten und die durchschnittliche Anzahl der Argumente pro Themenbereich, 1969–1983

Jahr	Themenbereiche (Typ des Arguments)	CDU/CSU			FDP			SPD			Grüne		
		%	N	\bar{x}	%	N	\bar{x}	%	N	\bar{x}	%	N	\bar{x}
1983	Ideologische Argumente	13	(154)	1.3	15	(174)	1.4	14	(173)	1.3	21	(254)	1.2
	Gruppenbezogene Argumente	38	(459)	1.6	8	(99)	1.3	47	(561)	1.5	3	(37)	1.1
	Innenpolitische Argumente	53	(638)	1.9	10	(120)	1.2	62	(743)	1.9	53	(629)	1.5
	Außenpolitische Argumente	18	(221)	1.4	3	(36)	1.4	24	(288)	1.4	11	(135)	1.2
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	54	(641)	1.7	84	(1004)	1.9	53	(638)	1.7	73	(872)	1.8
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	33	(393)	1.5	23	(270)	1.4	25	(305)	1.5	7	(85)	1.1
	Unpolitische Argumente	6	(72)	1.1	6	(73)	1.0	8	(92)	1.1	17	(198)	1.2
	Unspezifische Argumente	22	(259)	1.0	27	(318)	1.1	16	(197)	1.0	19	(232)	1.1
	Keine Argumente	5	(55)		8	(94)		4	(53)		7	(86)	
	Insgesamt	100	(1197)	3.7	100	(1197)	2.7	100	(1197)	3.9	100	(1197)	3.0
1980	Ideologische Argumente	16	(236)	1.3	18	(272)	1.2	21	(319)	1.3			
	Gruppenbezogene Argumente	21	(317)	1.4	8	(129)	1.3	31	(474)	1.5			
	Innenpolitische Argumente	29	(436)	1.7	9	(143)	1.4	51	(774)	2.1			
	Außenpolitische Argumente	16	(248)	1.3	7	(105)	1.1	35	(532)	1.6			
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	53	(797)	1.6	66	(1006)	1.7	42	(645)	1.6			
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	46	(696)	1.6	24	(371)	1.4	34	(513)	1.5			
	Unpolitische Argumente	7	(100)	1.1	5	(76)	1.1	5	(82)	1.1			
	Unspezifische Argumente	24	(364)	1.1	19	(294)	1.1	18	(275)	1.0			
	Keine Argumente	9	(133)		17	(257)		7	(113)				
	Insgesamt	100	(1518)	3.1	100	(1518)	2.3	100	(1518)	3.7			
1976	Ideologische Argumente	21	(433)	1.3	16	(344)	1.2	21	(438)	1.2			
	Gruppenbezogene Argumente	21	(448)	1.3	8	(171)	1.2	32	(665)	1.3			
	Innenpolitische Argumente	24	(503)	1.4	8	(161)	1.3	51	(1067)	1.8			

Außenpolitische Argumente	13	(203)	1.1	5	(88)	1.1	45	(721)	1.3
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	53	(837)	1.6	52	(823)	1.5	44	(700)	1.4
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	32	(670)	1.5	18	(368)	1.4	24	(497)	1.4
Unpolitische Argumente	6	(130)	1.0	7	(139)	1.1	7	(139)	1.1
Unspezifische Argumente	24	(505)	1.1	19	(391)	1.1	19	(396)	1.1
Keine Argumente	12	(247)		19	(403)		9	(181)	
Insgesamt	100	(2076)	2.7	100	(2076)	2.1	100	(2076)	3.3
<i>1972</i>									
Ideologische Argumente	11	(183)	1.2	7	(119)	1.2	16	(255)	1.2
Gruppenbezogene Argumente	16	(255)	1.3	6	(94)	1.2	21	(341)	1.2
Innenpolitische Argumente	21	(337)	1.3	5	(84)	1.2	34	(544)	1.6
Außenpolitische Argumente	13	(203)	1.1	5	(88)	1.1	45	(721)	1.3
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	53	(837)	1.6	52	(823)	1.5	44	(700)	1.4
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	23	(374)	1.5	20	(320)	1.3	21	(340)	1.4
Unpolitische Argumente	5	(79)	1.1	3	(48)	1.1	3	(47)	1.1
Unspezifische Argumente	34	(542)	1.1	24	(378)	1.2	21	(331)	1.1
Keine Argumente	14	(226)		28	(450)		13	(207)	
Insgesamt	100	(1588)	2.4	100	(1588)	1.6	100	(1588)	2.8
<i>1969</i>									
Ideologische Argumente	14	(130)	1.3				11	(101)	1.3
Gruppenbezogene Argumente	22	(207)	1.4				28	(265)	1.4
Innenpolitische Argumente	26	(248)	1.9				23	(214)	1.6
Außenpolitische Argumente	14	(128)	1.5				16	(148)	1.3
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	50	(474)	1.7				44	(415)	1.6
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	19	(182)	1.5				23	(219)	1.5
Unpolitische Argumente	7	(68)	1.1				5	(45)	1.1
Unspezifische Argumente	24	(222)	1.1				21	(198)	1.0
Keine Argumente	20	(185)					22	(205)	
Insgesamt	100	(939)	2.7				100	(939)	2.5

Anmerkung: \bar{x} = durchschnittliche Anzahl der Argumente pro Themenbereich.

Tabelle 3: Die Art der ideologischen Argumente für die Beurteilung der politischen Parteien, 1969–1983

	1983		1980		1976		1972		1969	
	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N
<i>CDU/CSU</i>										
Ist links	—	(—)	—	(5)	1	(6)	2	(5)	2	(4)
Ist progressiv	2	(5)	3	(10)	5	(26)	6	(14)	5	(8)
Ist liberal	14	(28)	10	(30)	13	(74)	9	(6)	11	(20)
Ist konservativ	48	(95)	20	(40)	51	(289)	40	(107)	33	(66)
Links-rechts Dimension	64	(128)	36	(67)	70	(395)	52	(138)	43	(98)
Ist christlich	22	(43)	77	(22)	19	(104)	61	(58)	30	(53)
Ist nicht christlich	5	(10)	—	(22)	3	(19)	5	(5)	3	(6)
Klerikal-laizistische Dimension	27	(53)	32	(93)	22	(123)	53	(63)	33	(59)
Ist extremistisch	6	(11)	—	(25)	2	(13)	—	(9)	2	(3)
Ist demokratisch	3	(6)	83	(16)	100	(34)	94	(11)	100	(16)
Extremistisch-demokratische Dimension	9	(17)	29	(41)	39	(47)	68	(20)	55	(19)
Sonstige ideologische Argumente	0	(1)	100	(—)	—	(—)	—	(—)	—	(—)
Insgesamt	100	(199)	43	100	50	565	53	100	49	100
<i>FDP</i>										
Ist links	6	(13)	23	(40)	—	(46)	—	(21)	5	*
Ist progressiv	3	(8)	37	(10)	8	(36)	80	(22)	86	*
Ist liberal	60	(141)	94	(230)	93	(239)	93	(67)	95	*
Ist konservativ	28	(65)	35	(41)	51	(84)	38	(27)	22	*
Links-rechts Dimension	97	(227)	71	(321)	76	(405)	70	(137)	66	*
Ist christlich	—	(—)	—	(1)	100	(3)	33	(1)	—	*
Ist nicht christlich	0	(1)	100	(1)	—	(1)	—	(—)	—	*
Klerikal-laizistische Dimension	0	(1)	100	(2)	50	(4)	25	(1)	—	*
Ist extremistisch	—	(—)	—	(6)	—	(—)	—	(—)	—	*
Ist demokratisch	3	(7)	100	(8)	100	(11)	91	(4)	100	*
Extremistisch-demokratische Dimension	3	(7)	100	(14)	57	(11)	91	(4)	100	*

Sonstige ideologische Argumente	— (—)	— (—)	— (—)	0 (1)	100	— (—)	— (—)	*
Insgesamt	100 (235)	72	100 (337)	75	100 (421)	70	100 (142)	66 *
SPD								
Ist links	41 (95)	3	53 (221)	—	32 (177)	1	39 (121)	— 28 (37)
Ist progressiv	14 (33)	42	16 (67)	58	41 (225)	71	42 (133)	86 42 (55) 78
Ist liberal	20 (46)	93	9 (37)	84	4 (22)	86	2 (6)	83 4 (6) 83
Ist konservativ	14 (32)	12	8 (33)	42	9 (48)	12	7 (21)	9 12 (16) 31
Links-rechts Dimension	89 (206)	31	86 (358)	24	86 (472)	40	90 (281)	43 86 (114) 46
Ist christlich	1 (1)	100	— (—)	—	0 (3)	67	— (—)	— 1 (1) 100
Ist nicht christlich	1 (3)	—	2 (8)	12	1 (5)	—	2 (5)	— 2 (2) —
Klerikal-laizistische Dimension	2 (4)	25	2 (8)	12	1 (8)	25	2 (5)	— 3 (3) 33
Ist extremistisch	2 (6)	—	6 (24)	—	9 (50)	—	5 (15)	— 7 (9) —
Ist demokratisch	6 (13)	100	5 (22)	86	3 (18)	78	3 (11)	73 4 (6) 67
Extremistisch-demokratische Dimension	8 (19)	68	11 (46)	41	12 (68)	20	8 (26)	31 11 (15) 27
Sonstige ideologische Argumente	1 (2)	50	1 (2)	50	1 (3)	—	— (—)	— (—) —
Insgesamt	100 (231)	34	100 (414)	26	100 (551)	37	100 (312)	41 100 (132) 44
Die Grünen								
Ist links	41 (124)	—	*	—	*	—	*	— *
Ist progressiv	7 (21)	52	*	—	*	—	*	— *
Ist liberal	4 (13)	100	*	—	*	—	*	— *
Ist konservativ	13 (40)	5	*	—	*	—	*	— *
Links-rechts Dimension	65 (198)	13	*	—	*	—	*	— *
Ist christlich	— (—)	—	*	—	*	—	*	— *
Ist nicht christlich	0 (1)	—	*	—	*	—	*	— *
Klerikal-laizistische Dimension	0 (1)	—	*	—	*	—	*	— *
Ist extremistisch	31 (93)	—	*	—	*	—	*	— *
Ist demokratisch	1 (4)	75	*	—	*	—	*	— *
Extremistisch-demokratische Dimension	32 (97)	3	*	—	*	—	*	— *
Sonstige ideologische Argumente	3 (7)	71	*	—	*	—	*	— *
Insgesamt	100 (303)	11	*	—	*	—	*	— *

Tabelle 4: Die Art der gruppenbezogenen Argumente für die Beurteilung der politischen Parteien, 1969–1983

	1983		1980		1976		1972		1969						
	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N					
CDU/CSU															
Ist für Unterschicht	8	(53)	77	11	(51)	88	15	(88)	82	14	(45)	67	18	(51)	65
Ist für Mittelschicht	3	(25)	48	7	(33)	67	7	(44)	82	6	(21)	86	7	(21)	67
Ist für Oberschicht	71	(505)	8	47	(215)	5	56	(333)	12	54	(180)	5	43	(122)	4
Soziale Schicht	82	(583)	16	65	(299)	26	78	(465)	32	74	(246)	23	68	(194)	27
Ist für die Kirchen	2	(17)	23	12	(55)	31	14	(80)	17	11	(37)	30	14	(39)	18
Ist gegen die Kirchen	—	(—)	—	1	(4)	—	0	(1)	100	0	(1)	100	0	(1)	100
Konfession	2	(17)	23	13	(59)	29	14	(81)	18	11	(38)	31	14	(40)	20
Sonstige soziale Gruppen	16	(115)	52	22	(101)	60	8	(48)	69	15	(49)	84	18	(51)	25
Insgesamt	100	(715)	22	100	(459)	34	100	(594)	33	100	(333)	33	100	(285)	26
FDP															
Ist für Unterschicht	11	(15)	73	11	(18)	78	14	(30)	77	22	(24)	50	—	—	—
Ist für Mittelschicht	19	(25)	60	18	(30)	57	22	(47)	76	19	(21)	52	—	—	—
Ist für Oberschicht	62	(80)	20	44	(71)	3	39	(81)	12	50	(54)	—	—	—	
Soziale Schicht	92	(120)	35	73	(119)	28	75	(158)	44	91	(99)	23	—	—	
Ist für die Kirchen	1	(1)	—	1	(1)	100	6	(12)	25	—	(—)	—	—	—	
Ist gegen die Kirchen	—	(—)	—	1	(1)	—	8	(18)	39	2	(2)	—	—	—	
Konfession	1	(1)	—	2	(2)	50	14	(30)	33	2	(2)	—	—	—	
Sonstige soziale Gruppen	7	(9)	55	25	(41)	76	11	(23)	74	7	(8)	62	—	—	
Insgesamt	100	(130)	36	100	(162)	40	100	(211)	45	100	(109)	26	—	—	
SPD															
Ist für Unterschicht	70	(586)	93	63	(437)	90	69	(606)	85	69	(295)	90	75	(271)	84
Ist für Mittelschicht	2	(17)	76	3	(20)	85	3	(30)	73	2	(10)	60	5	(18)	83
Ist für Oberschicht	6	(54)	7	7	(48)	10	6	(52)	13	7	(29)	3	11	(39)	5
Soziale Schicht	78	(657)	85	73	(505)	82	78	(688)	79	78	(334)	81	91	(328)	75

Ist für die Kirchen	—	(—)	—	0	(2)	—	0	(1)	—	0	(1)	—	0	(2)	50
Ist gegen die Kirchen	0	(2)	—	0	(1)	—	1	(7)	28	1	(3)	33	1	(3)	33
Konfession	0	(2)	—	0	(3)	—	1	(8)	25	1	(4)	25	1	(5)	40
Sonstige soziale Gruppen	22	(180)	47	27	(184)	44	21	(186)	63	21	(88)	61	8	(30)	80
Insgesamt	100	(839)	77	100	(692)	72	100	(882)	75	100	(426)	77	100	(363)	75
<i>Die Grünen</i>															
Ist für Unterschicht	33	(13)	85	*			*			*			*		*
Ist für Mittelschicht	5	(2)	50	*			*			*			*		*
Ist für Oberschicht	17	(7)	—	*			*			*			*		*
Soziale Schicht	55	(22)	54	*			*			*			*		*
Ist für die Kirchen	—	(—)	—	*			*			*			*		*
Ist gegen die Kirchen	—	(—)	—	*			*			*			*		*
Konfession	—	(—)	—	*			*			*			*		*
Sonstige soziale Gruppen	45	(18)	33	*			*			*			*		*
Insgesamt	100	(40)	45	*			*			*			*		*

Table 7: Die Art der allgemein auf Regierung, Opposition oder Partei bezogenen Argumente für die Beurteilung der politischen Parteien, 1969–1983

	1983		1980		1976		1972		1969	
	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N
CDU/CSU										
Regierungs- und Oppositionsleistung	40 (424)	73	27 (349)	52	31 (569)	62	34 (447)	53	51 (413)	73
Koalitionsverhalten	3 (39)	15	1 (10)	50	1 (19)	21	1 (18)	22	4 (33)	51
Programmatik	11 (116)	73	14 (189)	65	12 (225)	52	8 (109)	55	7 (61)	74
Probleme der Parteiorganisation	18 (194)	31	27 (351)	16	15 (290)	22	9 (119)	28	10 (78)	20
Politische Moral	27 (286)	15	31 (407)	12	41 (762)	20	48 (638)	13	28 (222)	56
Sonstige, allgemein auf Regierung, Opposition oder Partei bezogene Argumente	1 (6)	—	0 (3)	33	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	100 (1065)	47	100 (1309)	32	100 (1865)	37	100 (1331)	31	100 (807)	54
FDP										
Regierungs- und Oppositionsleistung	9 (175)	62	9 (162)	59	10 (233)	70	12 (151)	60		*
Koalitionsverhalten	26 (508)	34	40 (692)	43	39 (904)	40	39 (484)	43		*
Programmatik	6 (117)	33	10 (179)	52	10 (223)	43	10 (121)	34		*
Probleme der Parteiorganisation	16 (306)	14	7 (124)	35	4 (86)	32	8 (93)	15		*
Politische Moral	38 (735)	9	29 (497)	28	37 (843)	24	31 (390)	25		*
Sonstige, allgemein auf Regierung, Opposition oder Partei bezogene Argumente	5 (98)	8	5 (89)	17	—	—	—	—		*
Insgesamt	100 (1939)	25	100 (1743)	39	100 (2289)	37	100 (1239)	36		*
SPD										
Regierungs- und Oppositionsleistung	40 (421)	35	32 (324)	55	33 (469)	50	44 (452)	43	36 (247)	57

Tabelle 8: Die Art der auf Politiker bezogenen Argumente für die Beurteilung der politischen Parteien, 1969–1983

	1983		1980		1976		1972		1969	
	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N
CDU/CSU										
Kanzler/Kanzlerkandidaten der CDU/CSU	22 (130)	49	64 (720)	24	17 (165)	57	34 (192)	19	41 (110)	72
Parteivorsitzender CSU	25 (149)	17	—		35 (345)	18	24 (134)	16	15 (41)	24
Politiker der CDU/CSU spezifisch	16 (95)	36	12 (141)	76	12 (116)	69	9 (49)	77	6 (15)	53
Politiker der CDU/CSU allgemein	36 (211)	63	23 (257)	60	36 (360)	55	32 (181)	58	35 (96)	56
Auf Politiker anderer Parteien bezogene Argumente	1 (3)	33	1 (10)	60	0 (2)	50	1 (7)	43	3 (9)	44
Insgesamt	100 (588)	44	100 (1128)	39	100 (988)	44	100 (563)	36	100 (271)	57
FDP										
Parteivorsitzender FDP	46 (178)	49	49 (249)	91	16 (83)	82	37 (157)	90	*	*
Politiker der FDP spezifisch	29 (112)	45	26 (132)	62	47 (246)	82	21 (91)	90	*	*
Politiker der FDP allgemein	25 (96)	52	24 (122)	77	37 (193)	80	40 (168)	40	*	*
Auf Politiker anderer Parteien bezogene Argumente	0 (3)	33	1 (4)	100	0 (3)	100	2 (8)	87	*	*
Insgesamt	100 (389)	49	100 (507)	80	100 (525)	81	100 (424)	70	*	*
SPD										
Kanzler/Kanzlerkandidaten SPD	57 (258)	67	61 (471)	85	37 (262)	84	39 (191)	57	24 (79)	57
Politiker der SPD spezifisch	12 (55)	25	19 (145)	19	31 (222)	22	23 (116)	36	39 (127)	80
Politiker der SPD allgemein	30 (133)	52	20 (151)	64	32 (226)	51	37 (180)	25	36 (120)	73
Auf Politiker anderer Parteien bezogene Argumente	1 (4)	25	0 (3)	33	0 (5)	20	1 (6)	33	1 (3)	67
Insgesamt	100 (450)	57	100 (770)	68	100 (715)	54	100 (493)	40	100 (329)	72
Die Grünen										
Politiker der Grünen spezifisch	80 (75)	11	*		*		*		*	*
Politiker der Grünen allgemein	18 (17)	76	*		*		*		*	*
Auf Politiker anderer Parteien bezogene Argumente	2 (2)	—	*		*		*		*	*
Insgesamt	100 (94)	22	*		*		*		*	*

Table 9: Unpolitische Argumente für die Beurteilung der politischen Parteien, 1969–1983

	1983		1980		1976		1972		1969						
	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N					
<i>CDU/CSU</i>															
Unreflektierte Parteidentifikation	74	(56)	70	81	(88)	57	94	(129)	63	89	(79)	63	82	(63)	84
Sonstige unpolitische Argumente	26	(20)	45	19	(21)	9	6	(8)	25	11	(10)	20	18	(14)	28
Insgesamt	100	(76)	63	100	(109)	48	100	(137)	61	100	(89)	58	100	(77)	74
<i>FDP</i>															
Unreflektierte Parteidentifikation	93	(70)	37	88	(71)	53	95	(152)	55	88	(46)	50			*
Sonstige unpolitische Argumente	7	(5)	--	12	(10)	20	5	(8)	--	12	(6)	50			*
Insgesamt	100	(75)	35	100	(81)	49	100	(160)	52	100	(52)	50			*
<i>SPD</i>															
Unreflektierte Parteidentifikation	81	(79)	76	86	(78)	77	85	(126)	58	88	(45)	71	94	(47)	70
Sonstige unpolitische Argumente	19	(19)	47	14	(13)	8	15	(23)	--	12	(6)	--	6	(3)	33
Insgesamt	100	(98)	70	100	(91)	67	100	(149)	49	100	(51)	63	100	(50)	68
<i>Die Grünen</i>															
Unreflektierte Parteidentifikation	18	(42)	28	*		*	*		*	*		*			*
Sonstige unpolitische Argumente	82	(190)	10	*		*	*		*	*		*			*
Insgesamt	100	(232)	13	*		*	*		*	*		*			*

